

Bericht aus dem Bundeshaus



Sommer-Session 2005

Abstimmungstermin und alle möglichen Medien-Geschichten. Trotzdem nahm die Sommer-Session ihren geordneten Lauf. Zwei Stichwörter: 1. Sparen (Entlastungspaket im Pingpong mit dem Ständerat verabschiedet), 2. Schützen (Binnenmarkt, Tierschutz, Gentech-Initiative, Präimplantationsdiagnostik, Familie).

Fraktionsvorbereitung in Norwegen

Einmal pro Legislaturperiode leistet sich unsere Fraktion eine Reise ins Ausland, um die Geschäfte der Session vorzubereiten. Verwandtschaftliche Beziehungen unseres Fraktionspräsidenten Heiner Studer, aber auch die Verbindung zur christlichen Volkspartei Norwegens gaben vor, dass wir Norwegen als Ziel wählten. Damit alle Zweifel ausgeräumt sind: Die Reise ging natürlich auf unsere Kosten. Sie lohnte sich zusätzlich, indem wir einen Tag zusätzlich buchten und nach Bergen flogen, mit dem Schiff in den Soignefjord und mit der Bahn nach Oslo fuhren. Zahlreiche Begegnungen lohnten den Aufwand. Der Schweizer Botschafter begleitete uns ausgiebig (und kam dabei auch an Informationen, die ihm sonst nicht so zugänglich sind). Im Vorfeld der Abstimmung vom 5. Juni interessierten uns natürlich auch die Erfahrungen Norwegens als Nicht-Mitglied der EU.



Empfang beim norwegischen Regierungschef: Von links: Christian Waber, EDU; Ruedi Aeschbacher, EVP; Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik; Walter Donzé, EVP; Heiner Studer, EVP; Markus Wäfler, EDU.

Norwegen gehört dem EWR an und hat mit Schengen/Dublin positive Erfahrungen zu vermelden. Mich beeindruckte das unverkrampfte Verhältnis zur EU. Das bestärkte mich auf dem von uns eingeschlagenen bilateralen Weg. Im gegenwärtigen Wahlkampf steht die Ausdehnung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft (Adoption) an.

Fünf neue Ratsmitglieder

Die Session beginnt mit einem Nachruf auf die zwei unerwartet verstorbenen Kollegen Christian Speck (SVP, Aargau) und Jost Gross (SP, Thurgau). Ihrer wird mit einer Schweigeminute gedacht. Auch der aus Krankheitsgründen zurückgetretene Nationalratspräsident Jean-Philippe Mairet (CVP, Genf) ist zu ersetzen. Als Ersatzleute werden vereidigt: Edith Graf-Litscher (TG), Luc Barthassat (GE) und Lieni Füglistaller (AG). Zwei neugewählte Regierungsräte sind auf Abschiedstour. Jean-Michel Cina (CVP, Wallis) und Fernand Cuche (Grüne, Neuenburg) nehmen am ersten Sessionstag nochmals ihren Platz ein. Am Dienstag werden ihre Nachfolgerinnen, Viola Amherd und Francine John-Clame vereidigt.

Liebe Freunde

Die Fragestunde des Nationalrats ist ein Ventil für aktuelle Vorkommnisse. So fragt eine Kollege aus der Romandie einen Tag nach dem Schengen/Dublin-Entscheid den Bundesrat, ob eigentlich das SVP-Generalsekretariat die Haltung des Bundesrates kommuniziere.

Was Bundespräsident Schmid zu vermerken ermöglicht, sachliche Argumente seien persönlichen Angriffen und der Demontage der Behörden gewichen. Ein Bundesrat müsse allerhand ertragen, es gebe allerdings Grenzen. Wenn sie überschritten würden, nähme die Politik Schaden. Es seien Politiker gefragt, die mit dem guten Beispiel vorangehen.

Was die Haltung der SVP-Fraktion zur Attacke von Christoph Mörgeli auf den Charakter von Samuel Schmid betrifft, weiss ich nicht, ob das Glas halb voll oder halb leer ist: Verurteilt die halbe Fraktion seine Aussage oder steht fast jeder Zweite hinter Mörgeli gegen den Bundespräsidenten?

Wie geht man mit Leuten um, die den politischen Anstand verlassen? Ich meine, wir sollten uns nicht provozieren lassen und ihnen nicht neue Publizität anbieten. Die Quittung sollten ihnen die Wähler/innen geben. Samuel Schmid jedenfalls hat Charakter bewiesen.

Mit freundlichen Grüssen aus dem Bundeshaus

Entlastungsprogramm 04: Es geht um fast 2 Milliarden!

Auch wir sind für Eintreten auf ein erneutes Sparprogramm. Es ist nötig geworden, weil die Schulden unseres Landes seit 1990 von 38 auf 127 Milliarden Franken angewachsen sind. Der Zuwachs ist grösser als in den vorangehenden 700 Jahren! Auch die Staatsrechnung 2004 schliesst wieder mit 6 Milliarden Defizit (plus 1,7 Mia. in der Finanzrechnung) ab. Weitere Milliardenlöcher gibt es in der IV und Arbeitslosenversicherung, und der AHV-Fonds erodiert. Auf diesem Hintergrund können wir uns dem Ziel des EP 04 nicht verschliessen. Die Wirkungen sind allerdings manifest: Erstes Opfer: die Entwicklungshilfe: 296 Millionen werden im Finanzplan 2006-2008 gestrichen. Das Militär muss noch einmal mit 447 Millionen weniger auskommen; die Hochschulen mit minus 260 Millionen. Und so geht es durch die Institutionen weiter. Wie steht es um das Bundespersonal? Armee XXI: minus 2500 Stellen, Sparpaket 2003: 700 Jobs weg, Sparpaket 2004: nochmals 800 Stellen. Total ist das bis 2010 ein Personalabbau um 13 Prozent.

Ein völlig unreflektierter Antrag trifft schon in der vorberatenden Kommission den Bevölkerungsschutz. Als Reaktion auf die Niederlage beim Bundespersonal wirft (ausgerechnet) ein Walliser Kollege eine Kürzung um dreimal 10 Millionen beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz auf den Tisch – und gewinnt. Weil keine Kommissionsminderheit vorliegt, kann ich nur einen Einzelantrag stellen und zwei andere Mitglieder zum gleichen Vorgehen bewegen. Begründung ist nur schriftlich möglich. Die Zeit reicht nicht, um im Gespräch Kolleginnen und Kollegen zu informieren. Leider tritt der Ständerat auf die entstandene Differenz ein und schlägt seinerseits dreimal 5 Millionen vor. Damit sind meine Chancen dahin, die Kürzung zur Diskussion zu stellen. Ich kann nur noch auf die völlig unzutreffende Argumentation hinweisen und grösseren Schaden verhindern. Dieses Vorkommnis zeigt, dass die kurzfristigen Sparpakete keine seriöse Kostenminderung sind; es ist höchste Zeit für die Aufgabenverzichtungsplanung, die der Bundesrat nun endlich konkret angehen will.

Systemwidrig (wenn auch verständlich) ist der Entscheid, die Treibstoff-Rückerstattung für die Landwirtschaft beizubehalten. Immerhin bewirken wir, dass auch beim Nationalstrassenbau Einsparungen durchgesetzt werden, während wir Schlimmeres beim Bundespersonal und bei der Wohnbauförderung abwenden helfen. Resultat der Differenzvereinbarung: 4'840'000'000 Franken Entlastung des Budgets in drei Jahren.

Luftfahrtsbericht: Spagat des Bundesrates

Die Luftfahrt soll der Schweiz wirtschaftliche Attraktivität garantieren, sie optimal mit der Welt vernetzen und zugleich sicher und möglichst umweltverträglich sein. Widersprüchliche Ziele! Im Namen unserer Fraktion begrüsst Ruedi Aeschbacher die saubere Auslegeordnung, aber er weist gleichzeitig darauf hin, dass dieser Spagat nur auf dem Papier funktioniert. Gut, dass der Bericht im Frühjahr nicht behandelt werden konnte. Das wäre zu einer Swiss-Ausverkaufsdebatte entartet. Aber auch jetzt wird die Schuld der Vergangenheit (Swissairgrounding, Staatsvertrag, Flugsicherung) hin und her geschoben.

Finanzierung FinöV-Projekte

Kritik von rechts aussen: Die SVP will die Vorlage erst behandeln, wenn die Gesamtschau Eisenbahngrossprojekte vorliegt – eine alte Verzögerungstaktik. Unsere EDU-Fraktionspartner reden davon, die Bauarbeiten am Gotthard zu stoppen, um nicht im schwarzen NEAT-Schuldenloch zu landen, was von den Vertretern des öffentlichen Verkehrs als skurril bezeichnet wird. Im Interesse, dass der Güterverkehr so schnell wie möglich auf die Schiene umgeleitet werden kann, stimmen die EVP-Vertreter mit der Mehrheit des Rates für die neue Finanzierung.

Militärgeschäfte sind sehr umstritten!

Eine klare Mehrheit findet das um den Geniepanzer und das Transportflugzeug erleichterte Rüstungsprogramm 2004. Was aber nicht heisst, dass das RP 2005 nicht wieder hohe Wellen werfen wird (Es kommt

Das Europa-Problem

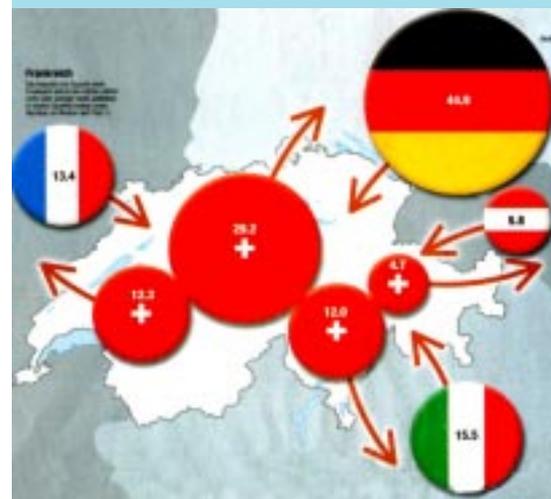
Die Schengen-Dublin-Abstimmung prägt auch die Stimmung im Bundeshaus. Zwei Dinge frustrieren mich: die enormen finanziellen Mittel für die Kampagne auf beiden Seiten und die Verkehrung der Argumente in ihr Gegenteil. Ein Blick auf die SVP:

- Vor der Abstimmung: der EU-Beitritt, danach die Weiterführung des bilateralen Weges.

- Vorher: Warnung vor Auflösung der Landesgrenzen. Nach dem Volks-Ja: Aufregung, dass das Abkommen nicht automatisch in Kraft tritt.

Natürlich gibt es keinen juristischen Zusammenhang zwischen den zwei Vorlagen. Im Juni stimmten wir über die Bilateralen II (also ein neues Projekt) ab; im September geht es um die Erweiterung der Bilateralen I (also eines bereits bestehenden Vertrags) zugunsten der zehn Länder, die inzwischen zur EU gekommen sind. Sie alle müssen das Vertragswerk Schengen/Dublin ratifizieren. Der Zusammenhang ist offensichtlich: Die Zustimmung dieser Länder ist uns nur sicher, wenn sie unseren guten Willen sehen. Seien wir vernünftig: Die Schweiz würde genau gleich handeln.

Dieser Sachverhalt war der Landesregierung nicht fremd. Weshalb also die grosse Aufregung? Wir werden auch künftig Abkommen mit der EU treffen. Ein wenig Bescheidenheit würde uns dabei gut tun. Siehe Grafik!



EU-Märkte 2004

Milliarden CHF	Export	Import
Deutschland:	29,2	44,9
Frankreich:	12,3	13,4
Italien:	12,0	15,5
Österreich:	4,7	5,8

voraussichtlich im Herbst in den Rat). Die bekannte Diskussion über den Einsatz von militärischen Kontingenten löst der Antrag des Bundesrates aus, die Schweizer Beteiligung an KFOR bis 2008 zu verlängern. Es kann nicht wegdiskutiert werden: Die Militärpräsenz kann nicht aufgehoben werden, ohne neue Repressalien und damit Flüchtlingsströme auszulösen.

Nachrichtendienste sind Instrumente der staatlichen Sicherheit. Sie arbeiten meist offen, manchmal aber auch verdeckt. Deshalb bedürfen sie der Kontrolle durch die politischen Behörden. Handlungsbedarf gibt es in der Schweiz, wo jeder Dienst seine eigene, aus einer besonderen Situation oder Krise heraus geborenen Bestimmungen hat. Der Rat hat über eine parlamentarische Initiative zur Neuorganisation der Nachrichtendienste zu befinden. Gegen den Willen des Bundesrates (interner Machtkampf über die Rolle des Nachrichtenkoordinators) wird eine Motion der Sicherheitskommission NR überwiesen, mit welcher eine Neuordnung auf Gesetzesstufe gefordert wird. Ich drücke dabei die Hoffnung aus, dass der Ständerat unserem Beispiel folgen wird.

Verbesserter Schutz für Tiere und Konsumenten

Das zwanzigjährige Tierschutzgesetz wird nachgebessert. Tiere treten aus dem Status einer "Sache" heraus und bekommen die Würde der nichtmenschlichen Kreatur zugesprochen. Lücken im Gesetz und Defizite im Vollzug werden korrigiert. Ruedi Aeschbacher setzt sich als unser Sprecher dafür ein. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung an den Ständerat.

Über viele Stunden leistet sich der Nationalrat eine teils emotional geführte Debatte über die Gentechfrei-Initiative. Sie fordert ein fünfjähriges Moratorium für die Austragung von gentechnisch manipulierten Organismen, Pflanzen und Saaten. Forschung ist ausdrücklich erlaubt. Hauptargument der Gegner ist trotzdem die Sorge um den Forschungsstandort Schweiz... Weshalb sind die drei EVP-Vertreter im Initiativ-Komitee? Ruedi Aeschbacher führte fünf Gründe an:

1. Konsumenten wünschen grossmehrheitlich keine manipulierten Nahrungsmittel. 2. Die Landwirtschaft weiss um den bisherigen Trumpf, der ein Verkaufsargument ist. 3. Unser kleinräumiges Land lässt keine Koexistenz von biologischer und GVO-Produktion zu. 4. Agromultis haben die Betriebe mit gentechnisch veränderter Produktion im Griff. Das wollen wir nicht. 5. Die Risiken sind noch nicht alle auf dem Tisch. Bis ein schlüssiger Nachweis vorliegt, empfiehlt sich ein Moratorium. Mit 91:88 Stimmen wird die Initiative zur Ablehnung empfohlen. In der Schlussabstimmung am letzten Sessionstag kommt es beinahe zur Umkehr: 92:92 Stimmen, Stichentscheid gegen die Initiative.

Um den Abbau von Marktzutrittschranken, die Freiheit der Berufsausübung, gleiches Recht für Schweizer wie für EU-Bürger und eine Stärkung der Wettbewerbskommission geht es im Binnenmarktgesetz. Es ist weitgehend unbestritten.

Wie viel Verlass ist auf unsere Gesetzgeber?

Die Präimplantationsdiagnostik ist ein weiteres Beispiel, wie Schranken, die man in ein Gesetz einbaute, mit der Zeit entfernt werden. Warner werden üblicherweise als Griesgrämer dargestellt. Meistens bekommen sie später Recht. So wurde bei der Einführung der In-vitro-Fertilisation ein Verbot der Forschung am Embryo erlassen. Jetzt wird Druck gemacht: Man könne doch nicht so sein, schliesslich bedeute die Selektion vor der Einpflanzung eines künstlich gezeugten Kindes, dass auf eine Abtreibung verzichtet werden könne. Nicht nur uns graut vor der Perspektive des Design-Babys. Sie erinnern sich: Ende Mai berichteten die Medien, dass in Belgien ein künstlich gezeugtes Mädchen als Ersatzteillieferantin



Besuche

Ich freue mich, dass immer wieder Gruppen und Einzelpersonen ihr Interesse an unserer Arbeit im Parlament bekunden. Das gibt jeweils auch Gelegenheit zum Austausch über die Art und Weise, wie wir als Christen einen glaubwürdigen Beitrag für unser Volk leisten können. Immer wieder wird mir bestätigt, dass Fürbitte für Regierung, Parlament und Verwaltung daraus resultiert.

Kontakte kann ich auch für Heinz Suter vermitteln, um eine "Koalition für die Familie" zu bilden. Ein Netzwerk von Parlamentsmitgliedern aus möglichst allen Parteien soll uns helfen, künftig die Familie im Sinne der jüdisch-christlichen Wurzeln zu stärken. Am Montag nach der Session übergeben wir Bundesrat Couchepin eine Resolution, die von verschiedenen Werken und Parlamentariern entwickelt wurde.

Neue Vorstösse

Anfrage Armeematerial für ZSO

Ich frage den Bundesrat an, ob er bereit ist, zuhanden von Zivilschutz-Organisationen und Partnern des Bevölkerungsschutzes eine Materialliste ins Internet zu stellen. Es sollte vermieden werden, dass später mit Steuergeld Material angeschafft wird, das heute feilgeboten wird.

Ferienreisen dank Kleinkrediten?

Anfrage: Hält der Bundesrat die neuste Ferienwerbung der Bank Prokredit für vereinbar mit den Zielen des Konsumkreditgesetzes? Lässt er es zu, dass sich Kreditinstitute Einkünfte verschaffen, die letztlich mit Steuergeldern finanziert bzw. saniert werden?

Studie über volkswirtschaftlichen Nutzen der Familie

Der Bundesrat soll mittels einer Studie den volkswirtschaftlichen Nutzen der Familie ermitteln – eventuell unter Einbezug der Forschung – und in einem Bericht darstellen. Mein Postulat erntet hohes Interesse. Ich kann damit das Anliegen der soeben gegründeten Koalition für die Familie unterstreichen.

für seinen kranken Bruder zur Welt gebracht wurde. Für unsere Fraktion warnt Markus Wäfler vor den Folgen. Der Rat lässt sich nicht zurückhalten, setzt wieder einmal Schranken. Wie lange werden sie gelten?

Schranken setzt auch das Partnerschaftsgesetz (keine Adoption). Seine Annahme macht dreist. Pink Cross lieferte die Broschüre mit nach unserer Überzeugung pornografischen Illustrationen an Schulen ab. Auf einen Hinweis aus dem Berner Grossen Rat handelt mein Kollege Heiner Studer sofort. Wir lassen abklären, ob Verführung Minderjähriger vorliegt (Offizialdelikt, Behörden werden von Amtes wegen aktiv). Der Berner Erziehungsdirektor reagiert sofort und stoppt die Verteilung. Der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit distanziert sich klar. Und Pink Cross lässt via Basler Zeitung verlauten, das sei eine absolute Hysterie, die von evangelikalen Kreisen geschürt werde... Ich nehme es in meinen Bericht auf, weil es während der Session passiert.

Geht die Familie mit Kindern langsam unter?

Dringlichkeit bekommt im Detailprogramm der Sommersession auch die Besteuerung der Ehepaare. Somit wird auch meine Motion für eine neue Familienbesteuerung behandelt. Der Mainstream geht (nach Annahme des Partnerschaftsgesetzes und des CVP-Vorstosses für die Mini-Ehe) allerdings auf Kosten der Kinder in Richtung Individualbesteuerung. Ich möchte mit meiner Motion die Familienbesteuerung vor der Unternehmenssteuerreform. Die SVP unterstützt meine Motion, allerdings unter dem Vorbehalt "zuerst die Unternehmen". Ich verlange die Prüfung des Familiensplittings. Die FDP will auch schnell eine Familienvorlage, lehnt jedoch meine Motion ab und reicht gleichzeitig eine eigene ein. Die CVP macht den Deal mit der FDP zugunsten der Ehepaare, verzichtet aber auf jenen Teil ihrer Motion, der die Entlastung bei den Kindern forderte. Die SP lehnt meine Motion ab, weil sie schon immer die Individualbesteuerung forderte. Damit fühle ich mich verraten. Trotzdem obsiegt meine Motion mit 85:82 Stimmen!

Nun wird der Bundesrat die getrennte Besteuerung der Ehepaare zu regeln versuchen. Auch wenn es bis zur Realisierung Jahre dauern wird (Die Steuerausfälle sind in keinem Finanzplan enthalten), so ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir unser Augenmerk auf die Erziehungsarbeit der Familie und auf die Kinderkosten richten müssen. Die Gründung einer Koalition für die Familie ist hoch aktuell. Ich bin dabei. Auch mit meinem Postulat, welches die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familie untersuchen will. Ich bin gespannt, wie der Bundesrat reagiert.

Ausnahmsweise behandelt der Rat am Schlussstag noch Vorstösse. Thema: die Vorstossflut im Nationalrat. Ob es uns gelingt, neben den Bundesratsgeschäften die Vorstösse der Parlamentarier in ansprechender Zeit zu bearbeiten?

Bevor wir auseinander gehen, wird Markus Willenegger verabschiedet. Er ist Mitglied des Kantonalvorstandes der EVP Bern, war 36 Jahre in Bundesdiensten, davon 30 Jahre im Dokumentationsdienst des Parlaments. Einer der stillen Schaffer im Hintergrund. Ich wünsche ihm einen erfreulichen Ruhestand.



Begegnungen

Nur ein paar "Müsterli":

- Parlamentarische Gruppe Naher Osten: Die Rolle der Hamas in Palästina. Ihre Volksnähe macht sie zum Hort der Hoffnungen.
- Gruppe Osteuropa: Replik auf den Transitionsprozess (Partnerschaften)
- Gruppe Luftfahrt: Vortrag des CEO der SWISS über die Zukunft unserer nationalen Airline.
- Fachtagung und Delegiertenversammlung Schweizerischer Feuerwerverband in Aesch BL. Hervorragende Präsentation des Bevölkerungsschutzes und Besuch des Bundespräsidenten.



Zum Schmunzeln

In der Debatte um das Tierschutzgesetz bricht mein Parteikollege Heiner Studer eine Lanze für den Esel. Wenn ihm jemand einen Tiernamen austeilten wollte, dann wünschte er sich den Esel. Immerhin sei er belastbar, komme in der Bibel vor (bei Bileam), sei von Jesus als Reittier auserkoren worden und könne sich auch dezidiert verweigern.

War es Zufall, dass wir auf dem Fraktionsausflug vor der Kirche in Raron mit einem unverkennbaren J-j-a-a-h begrüsst wurden?

Einen Tieranwalt hätte der Esel "Chupito" auf Palma de Mallorca nötig. Er fiel am 26. Mai eine deutsche Joggerin an und versuchte sie zu vergewaltigen. Die Polizei wollte ihn laut Blick vom 15. Juni zu Salami verarbeiten lassen. Er soll jetzt in einem ausbruchssicheren Gehege gehalten werden. Die Touristin jedoch verlangt Schmerzensgeld.

Nächste Sessionen:

19. September bis 7. Oktober 2005
28. November bis 16. Dezember 2005

So erreichen Sie mich im Bundeshaus:

per Fax 031 322 78 04
per Telefon 031 322 99 11
(Telefon ist weniger geeignet, da ich nicht immer abkömmlich bin. Sie können eine Nachricht hinterlassen – ich rufe zurück, sobald ich frei bin.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@parl.ch